

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den 40c. Kop. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Geschäften und den Anzeigenstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 Mk., bei Postbestellungen 3 Mk. jährlich. Abnehmer außerhalb des Reichsgebietes sind verpflichtet, die Postgebühren zu zahlen. Die Geschäftsstellen sind in Wilsdruff, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bismarckstr. 10, 1. u. 2. Etage. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 125. — 85. Jahrgang. — Zelegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag den 1. Juni 1926

## Militärrevolutionen.

Also gleich zwei gegläutete Militärrevolten, in Polen und in Portugal! Das erregt etwas Erstaunen in einem Zeitalter, das sich mit Vorliebe antimilitaristisch einstellt, weil es so sichtbar unter dem Weltkrieg gelitten hat. Militärrevolten, die schließlich durch irgendeine Form rechtens werden, weil sie schließlich den Erfolg auf ihrer Seite hatten. Militärrevolten, die diesmal sich in Republik abspielten, nicht wie in Italien 1921 in einem Königreich. Denn Mussolinis Marsch nach Rom war letzten Endes ein Kampf mit Hilfe militärisch organisierter Kräfte; in Spanien und Griechenland aber errang das Heer als solches den Sieg.

Für den Erfolg einer Revolution ist die Persönlichkeit des Führers zwar nicht das Entscheidende, sie spielt aber immerhin eine wesentliche Rolle. Portugal ist ein Herd fortwährender politischer Unruhen des politisierenden Heeres gewesen. Der bisweilige Ministerpräsident M. da Silva stützte sich im Senat und im Unterhaus auch auf die stärkste Partei, die Demokraten — jetzt hat er trotzdem dem siegreichen Führer der Revolte, dem Kommandanten Mendes Cabedadas, die Regierung überlassen müssen, die dieser zurzeit noch als vorkauter Diktator verwaltet. Neben der Popularität des Führers die Popularität seiner Ziele: Sauberkeit in der Verwaltung, Verringerung der Staatsausgaben und Budgetausgleich, unabhängige Gerichtsbarkeit und allerhand Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Not. Daneben aber auch eine „militaristische“ Note: Reorganisation von Heer und Flotte auch in technischer Hinsicht. Es wird hier wohl nicht lange dauern, bis sich Senat und Unterhaus entschließen werden, dem siegreichen Heerführer das Amt der Präsidentschaft in die Hände zu legen, also seine Revolte zu legalisieren. Er hat eben den Erfolg für sich.

Der Erfolg selbst schuld sind — wie in Polen — nicht zum mindesten die Parteien, die in Portugal freilich ein noch viel düsteres Bild darstellen als in Polen. Und schuld ist vielleicht auch die Rückstrahlung vom östlichen Nachbar, von Spanien aus, wo seit dem September 1923 das Militärdirektorium Primo de Rivera's herrscht, jetzt nun aber den großen marokkanischen Erfolg errungen hat. „Das ist mein Mussolini“, jagte damals nach dem Staatsstreich der — König Alfonso, als er den Diktator dem italienischen Hofe vorstellte. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Parlament ist in Italien und Griechenland, in Spanien und jetzt auch in Polen und Portugal die Grundlage für den Erfolg des Staatsstreiches gewesen. Die Unzufriedenheit der Parteigruppen, die sich in fast gleicher Stärke gegenüberstanden, machte das Parlament arbeitsunfähig. Denn diese Parteigruppen zerfielen ja in all diesen Staaten — ebenso ja auch in Frankreich — wieder in Parteien und Parteien, die sich um bestimmte Führer — und solche, die es sein wollten — zusammenschließen. In deren Spiel fuhrt sich dann die Nation einfach nicht mehr zurecht und wird daher leicht das Opfer eines energiegelassen Militärs, namentlich dann, wenn sie annimmt, daß er mit keiner dieser Parteien etwas zu tun hat oder zu tun haben will. Nun ist der ganze Süden Europas „militarisch“ regiert, aber der Osten ist es auch. Bedeutet dies, was längst überholt schien, vielleicht doch eine neuen politischen Ära? Dann kann sich Europa bei seinen Herren bedanken, die in Versailles die Grundlage zu der Herrschaft unseres Erbteils legten.

## Das Schicksal Abd-el-Krims.

Madrid verlangt seine Auslieferung. Am 30. Mai ist Abd-el-Krim unter starker Bedeckung in Taza, dem Hauptquartier des französischen Oberkommandierenden General Vorbert, eingekerkert worden. Er wird in Taza bleiben, bis eine Entscheidung über sein Los getroffen ist. Die Übergabe spielte sich ohne jedes Zeremoniell ab, und Abd-el-Krim soll wie jeder andere Kriegsgefangene behandelt werden. In den nächsten Tagen beginnen in Paris die Verhandlungen zwischen Vertretern der spanischen und französischen Regierung über die in Marokko weiter zu verfolgende Politik. Eines der Hauptprobleme wird die Frage bilden, was aus Abd-el-Krim werden soll. Da der Führer einem Stamme angehört, dessen Gebiet in der spanischen Protektionszone liegt, verlangt man in Madrid, wie schon kurz gemeldet wurde, seine Auslieferung, und man macht gar kein Hehl daraus, daß man Abd-el-Krim als einen solchen Rebellen und „Mörder“ aburteilen will. Daraus, daß sich der Führer, der fünf Jahre lang gegen die Spanier kämpfte, nicht diesen, sondern den Franzosen ergeben hat, ist die Lage für Frankreich seinem spanischen Bundesgenossen gegenüber etwas heikel.

## Ernste Rüge für Oberpräsident Göring.

Ein Nachspiel zum Nürnberger Reichsbannertag. In einer Versammlung des Reichsbanners Schwarz-rot-Gold in Nürnberg war Oberpräsident Göring, der Bundespräsident des Reichsbanners, auf die Klagenver-

## Präsidentenwahl in Polen.

### Der gewählte Pilsudski lehnt ab.

Nachmaliger Zusammentritt der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung in Warschau, die aus dem Sejm und dem Senat zusammengesetzt ist, hat Marschall Pilsudski mit 292 Stimmen zum Staatspräsidenten von Polen gewählt. Der Gegenkandidat Pilsudski, der Vertrauensmann der vereinigten Rechtsparteien, Graf Dzialowski, erhielt 193 Stimmen, während 61 Abgeordnete sich der Abstimmung enthielten. Die deutschen Abgeordneten hatten geschlossen für Pilsudski gestimmt. Die Vorkandidatur der Wahl des Marschalls Johann Pilsudski mit Begeisterung auf. Einige Abgeordnete des Zentrums stimmten beim Verlassen des Saales die Nationalhymne an.

Während auf den Straßen Warschaws Freudenkundgebungen der Pilsudski ergebenen Organisationen stattfanden, ließ der neugewählte Staatspräsident dem Sejmarschall die Nachricht zugehen, daß er die Wahl aus verfassungsrechtlichen Bedenken ablehnen möchte. Pilsudski schlug vielmehr vor, den Wiener Professor Jozef Schostkowski oder Lemberg an seiner Stelle zum Staatspräsidenten zu wählen. Der Marschall fügte hinzu, daß seine Ablehnung unwiderruflich sei.



Marschall Pilsudski

ordnung des Reichskanzlers Dr. Luther zu sprechen gekommen. Über seine Rede waren in der Öffentlichkeit widersprechende Nachrichten aufgetaucht. Besonders hatte es Mißfallen erregt, daß Hörsing davon gesprochen hatte, daß bei vielen Volksgenossen durch die Flaggenvorordnung der Eindruck erweckt worden sei, daß Reichskanzler Dr. Luther den Reichspräsidenten verleitet habe, einen Schritt mit seiner Unterschrift zu tun, der als Verfassungsbruch empfunden werde. Auf eine in dieser Angelegenheit an die preussische Regierung gerichtete Anfrage der Deutschen Volkspartei hat Ministerpräsident Brauns nunmehr die Antwort erteilt. Der Ministerpräsident teilt darin mit, daß er leider die gewünschte Zurückhaltung, die mit dem Amt eines Oberpräsidenten bei öffentlichen Erörterungen von Maßnahmen der Regierung verbunden sei, an verschiedenen Stellen der Rede vermisste. Das Staatsministerium hat daher den Oberpräsidenten Hörsing auf das ernste Verlangen und Vorfrage getroffen, daß sich Oberpräsident Hörsing in Zukunft bei der Erörterung politischer Angelegenheiten in der Öffentlichkeit mehr Zurückhaltung anstelt.

Die preussische Regierung hat sich, wie in der Antwort noch mitgeteilt wird, auf diese Maßnahmen beschränkt, weil nach ihrer Ansicht beim Erlaß der Flaggenvorordnung eine Verletzung des verfassungsmäßigen Rechtes des Reichsrates vorgelegen habe, dessen Mitglied Oberpräsident Hörsing ist.

## Stagerral-Gedenkfeiern.

In Kiel, Hamburg und Königsberg. In Kiel fand in der Aula der Kieler Universität eine Stagerral-Gedenkfeier anlässlich des zehnjährigen Jahrestages der Schlacht statt. Der Stationschef, Vizeadmiral Häder mit seinem Stabe, Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, die Offiziere der Marine und der Küstenwehr, Abordnungen anderer Truppenteile sowie zahlreiche inaktive Offiziere und Mannschaften wohnten dem Festakt bei. Fregattenkapitän Schewe (während der Seeschlacht auf Panzerkreuzer „Ruhow“) hielt die Gedenkrede, in der er einen Überblick über den Verlauf der Schlacht gab. Vizeadmiral Häder brachte in einer kurzen, von vaterländischem Geiste getragenen Rede ein Hoch auf das deutsche Volk und auf das deutsche Vaterland aus. Im Anschluß an die Feier begann dann der große Zapfenstreich sämtlicher Truppenteile der Garnison Kiel.

Zur Erinnerung an die Stagerralschlacht veranstaltete der deutsche Marineverein von 1877 zu Hamburg in der großen St. Michaelskirche eine ernste Feier. Vom Senat waren Bürgermeister Dr. Petersen und Staatsrat Dr. Saruwe erschienen. Außer vielen Offizieren und Mannschaften der früheren Marine nahmen Vizeadmiral Meurer, Vizeadmiral Jacobson und Vertreter des Hamburger Kriegerverbandes an der Feier teil.

In einem an den Sejmarschall Rataj gerichteten Brief spricht Pilsudski für die Wahl seinen Dank aus. Leider könne er die Wahl nicht annehmen. Zu stark wirke noch auf seine Erinnerung das tragische Geschick des Präsidenten Karawicz, den er vor seinem schrecklichen Tode nicht habe bewahren können. Überdies könne er ohne Arbeit nicht leben und die gegenwärtige Verfassung entründe den Präsidenten der Arbeit. Es sei deshalb ein anderer Charakter für diesen Posten notwendig. Der Marschall entschuldigte sich wegen der Entlassung, die er seinen Anhängern im Landtage und im Volke bereiten müsse und spricht die Hoffnung aus, daß unverzüglich eine andere Persönlichkeit zum Präsidenten gewählt werde.

### Große Erregung in Warschau.

Der Sejmarschall hat die Nationalversammlung nochmals zum Dienstag einberufen, um die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorzunehmen. Der Entschluß Pilsudskis hat in politischen Kreisen eine starke Erregung hervorgerufen. Die Folgen der Entscheidung Pilsudskis lassen sich zurzeit noch nicht in ihrem ganzen Umfange übersehen.

Die Polizeibehörden in Warschau hatten für den Wahltag große Vorkehrungen getroffen, um die Ruhe in der Stadt und den Wahlakt sicherzustellen. Das Parlamentsgebäude war bereits in den frühen Morgenstunden in großem Umfange abgesperrt. Der Sitzungssaal des Landtages, in dem die Wahl des Staatspräsidenten vorgenommen wurde, war bis auf den letzten Platz von Abgeordneten und Senatoren gefüllt. Allerdings wohnte der letzte Ministerpräsident Wios dem Wahlakt nicht bei. Auch die Diplomaten und die Presseleuten waren nicht besetzt. Der Wahlakt, der unter größter Spannung des Hauses vor sich ging, dauerte etwa 1 1/2 Stunden.

In Königsberg veranstalteten die ehemaligen Marineangehörigen eine Gedenkfeier, bei der Konteradmiral Küsel die Festrede hielt. Unter lebhaftem Beifall wurde die Absendung von Huldigungstelegrammen an den Reichspräsidenten, die Großadmirale von Tirpitz und von Köster und die Admirale Scheer, Hipper und Zentler beschlossen. Ferner fand unter Teilnahme vieler Kreise der Bevölkerung die feierliche Enthüllung eines Denkmals für die gefallenen Marineangehörigen Ost- und Westpreußens statt.

Zum zehnjährigen Gedenktage der Seeschlacht im Stagerral wurde von dem gegenwärtigen Gesandtschaftsrat bei der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, Freiherrn von Weizsäcker, der seinerzeit als Adjutant des Flottenchefs Admiral Scheer an der Schlacht teilgenommen hat, am Grabe der in Stagen beerdigten deutschen Seeleute, die nach der Schlacht an der dänischen Küste angetrieben worden waren, ein Kranz niedergelegt.

## Zentenarfeier für König Ludwig I. von Bayern.

In München fand im Odeon eine Gedenkfeier für König Ludwig I. zum einhundertjährigen Tage seines Regierungsantritts statt. Dazu waren mit dem Kronprinzen Rupprecht zahlreiche Mitglieder des Hauses Wittelsbach, ferner der Ministerpräsident Dr. Held, der Innenminister Dr. Stüßel und erster Bürgermeister Schanagl erschienen. In den Ansprachen wurde die politische und künstlerische Wirksamkeit des Königs gewürdigt. Gesangliche und musikalische Darbietungen umrahmten die Feier.

## Grütze-Lehder im Femeauschuß.

Bericht über den Inhalt der Akten.

Der Feme-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages legte nach der Pfingstpause seine Verhandlungen fort. Zunächst erstattete Berichterstatter Abg. Antiner (Soz.) den Bericht über den Akteninhalt in Sachen Grütze-Lehder. Zwei Momente seien hauptsächlich hervorzuheben: die Frage der

Ankündigung Grütze-Lehders und der Glaubwürdigkeit des Mörders. Über das Thema Ankündigung enthielten die Akten so gut wie gar nichts. Die Glaubwürdigkeit habe sich in keiner Weise bewährt, die politischen Zusammenhänge zu prüfen; noch in der Anklageschrift spreche sie nur von Raubmord. Was die Glaubwürdigkeit des Grütze-Lehder angehe, so sei dies ein sehr kompliziertes Thema, weil es ins Psychologische hinübergehe. Der Berichterstatter beschloß sich dann mit der Person des von Grütze-Lehder ermordeten Dammer's. Dieser Dammer's sei ein Hochstapler gewesen, der wegen intellektueller Urkundenfälschung, Betruges und anderer Dinge verurteilt und von einem Feldgericht degradiert worden sei. Er sei unter falschem Namen aufgetreten und habe sich einmal sogar für den

Prinzen Oskar von Preußen ausgegeben. Grütze-Lehder habe behauptet, daß Dammer's auch mit dem Rathenau-Mörder Tschow in Verbindung gewesen sei, und man habe in der Tat an ihn gerichtete Briefe der Brüder Tschow gefunden. Daacsen fehlte